

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5557

Vorlage 17/5685

Vorlage 17/5945

– Änderungsanträge, abschließende Beratung und Abstimmung im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses: Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

(Der Gesetzentwurf wurde am 08.09.2021 nach der ersten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt.)

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) unterstreicht, die erneute Steigerung der Haushaltsmittel verdeutliche die Schwerpunktsetzung auf die innere Sicherheit, die auch Feuerwehr und Katastrophenschutz umfasse. Damit erfahre der Bereich nach wie vor die Priorität, die die CDU versprochen habe.

Verena Schäffer (GRÜNE) fragt nach der Anzahl der Quellen-TKÜ-Maßnahmen im laufenden Haushaltsjahr sowie nach dem Zeitpunkt der Beauftragung des Ingenieurbüros und dem gegenwärtigen Verfahrensstand der Feuerlöschboote.

Ihre Fraktion begrüße die nach wie vor hohen Einstellungszahlen bei der Polizei insbesondere angesichts ihrer vielen Herausforderungen, kritisiert aber den Einsatz der Palantir-Software, für den eine gesetzliche Grundlage noch immer fehle. Durch das geänderte Polizeigesetz werde die Videobeobachtung ausgeweitet, was aber wegen der bloßen Verdrängung der Kriminalität nur eine Scheinsicherheit biete. Noch immer könne die Landesregierung nicht mitteilen, wofür die zusätzlichen Stellen im Innenministerium vorgesehen würden, sodass sie das Parlament als Haushaltsgesetzgeber auch nicht bewilligen dürfe.

Minister Herbert Reul (IM) sagt die Beantwortung der Frage nach den Quellen-TKÜ-Maßnahmen im Nachgang zu. Gleiches gelte für Fragen zu den Feuerlöschbooten, die er bittet, im Nachgang schriftlich einzureichen, weil heute kein Mitarbeiter der zuständigen Abteilung vor Ort sei.

Hartmut Ganzke (SPD) hält Dr. Christos Georg Katzidis entgegen, mit Geld alleine mache man keine Politik. Für die Innenpolitik und die innere Sicherheit tue die Landesregierung jedenfalls zu wenig, wie sich beim Katastrophenschutz gezeigt habe. Gleichwohl erfahre gerade der Katastrophenschutz keinen erheblichen Mittelzuwachs. Sodann spricht er die erheblichen Proteste gegen den Gesetzentwurf zum Versammlungsgesetz an.

Markus Wagner (AfD) moniert, die grundlegenden Probleme würden auch mit diesem Haushalt nicht gelöst; stiegen doch die Kriminalitätsphänomene bei einer Pensionierungswelle in den nächsten Jahren weiter. Seine Fraktion strebe 60.000 Polizisten an, was erheblich mehr Anstrengungen erforderte. Zudem beklagten auch die Gewerkschaften die völlig offene Westgrenze; gleichwohl unternehme die Landesregierung nichts für eine intelligente Grenzsicherung. Auch gewähre sie Einsatz- und Rettungskräften keine Wertschätzungsprämie.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, Einzelplan 03 anzunehmen.



Innenausschuss

93. Sitzung (öffentlich)

11. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:34 Uhr bis 14:58 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| 1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]) | 8 |
| – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) | 11 |
| Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700 | |
| Vorlage 17/5557
Vorlage 17/5685
Vorlage 17/5945 | |

- Änderungsanträge, abschließende Beratung und Abstimmung im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses: Einzelplan 03 – Ministerium des Innern

- Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, Einzelplan 03 anzunehmen.

3 Neue Zuwandererclans, regionale Verteilungskonflikte und Statistiklücken. Eine Weiterentwicklung der Lagebilder zur Clankriminalität ist dringend notwendig!

13

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13397

Ausschussprotokoll 17/1563 (*Anhörung am 23.09.2021*)

- abschließende Beratung und Abstimmung

- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

4 Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostenrechts sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz

14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14306

Schriftliche Anhörung des Innenausschusses

Stellungnahme 17/4410

Stellungnahme 17/4411

Stellungnahme 17/4412

Stellungnahme 17/4144

Stellungnahme 17/4462

Stellungnahme 17/4463

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

- keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

- 5 Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Landes Nordrhein-Westfalen und den Schutz von Verschlusssachen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz Nordrhein-Westfalen – SÜG NRW) 15**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15476
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.
- 6 Angsträume beseitigen, Sicherheit erhöhen – die Verkehrswende braucht attraktive Bahnhöfe und Haltepunkte! 16**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15462
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen.
- 7 10 Jahre nach Bekanntwerden des NSU – Was hat sich an der Arbeit der Sicherheitsbehörden verändert? (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]) 17**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5979
- Wortbeiträge
- 8 Rechtsextremismus-Verdacht gegen einen Feuerwehrmann der Hattinger Feuerwehr (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]) 22**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5972
- Wortbeiträge

- 9 Nachbesetzung der Stelle des Direktors des LAFP NRW** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*) **23**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5955
- Wortbeiträge
- 10 Ergebnisse der „Sicherheitspartnerschaft“ von 2017** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]*) **24**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5956
- keine Wortbeiträge
- 11 Bau einer Wache für die Wasserschutzpolizei in Köln** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **25**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5981
- keine Wortbeiträge
- 12 Anerkennung von Corona-Fällen bei der Polizei als Dienstunfall** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **26**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5785
Vorlage 17/5954
- keine Wortbeiträge
- 13 Spezialeinheiten nehmen Clan-Mitglied in Langenfeld fest** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **27**
- mündlicher Bericht der Landesregierung

- 14 Immer mehr Gewalt und Brennpunkte in Bielefeld** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **31**
– mündlicher Bericht der Landesregierung
- 15 Objekte Organisierter Kriminalität in Düsseldorf** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **33**
– mündlicher Bericht der Landesregierung
- 16 Prüfung von Waffenverbotszonen an Kriminalitätsschwerpunkten** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5]*) **34**
– mündlicher Bericht der Landesregierung
- 17 Verschiedenes** **36**

